

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einleitung	1
A. Der digitale Fortschritt als Herausforderung für das Erbrecht.....	1
I. Altersstruktur der Internetnutzer und wachsende Bedeutung der Informationstechnik in Jugend und Alter.....	1
II. Die Interessenlage der Beteiligten und ihre grundsätzliche rechtliche Einordnung	2
1. Interessen des verstorbenen Nutzers und ihre Einordnung	2
a) Die Interessenlage zu Lebzeiten.....	2
b) Rechtliche Einordnung.....	4
aa) Erbrechtsgarantie, Art. 14 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 GG.....	4
bb) Postmortaler Persönlichkeitsschutz, Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG	4
2. Interessen von Erben und Angehörigen und ihre Einordnung.....	5
a) Die Interessenlage im Anschluss an den Erbfall	5
b) Rechtliche Einordnung.....	7
aa) Das grundrechtliche Eigentums- und Forderungserwerbsrecht des Erben.....	7
bb) Wahrnehmung des postmortalen Persönlichkeitsschutzes durch die Angehörigen	7
cc) Auswirkungen des einfachen Rechts auf die Nachlassabwicklung	8
3. Interessen der Provider und ihre Einordnung	9
a) Die Interessenlage im Hinblick auf das Ableben von Nutzern.....	9
b) Rechtliche Einordnung: Berufsfreiheit und Privatautonomie	9
4. Die Interessen anderer Hinterbliebener	10

B.	Folgerungen und Ausgangsthesen	10
I.	Zweifel an der Effizienz der Rechtsordnung.....	10
II.	Einordnung der Interessen nach dem bisherigen Stand	11
III.	Gang der Darstellung.....	12
IV.	Zentrale Thesen.....	13

Kapitel 2: Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes

A.	„Digitaler Nachlass“ als unklarer Begriff	15
B.	Erlangung von Informationen als Primärinteresse der Erben	15
C.	Daten als Informationsvehikel	16
D.	Die Bindung an den Datenträger als Folge der digitalen Speichertechnik	17
E.	Die Differenzierung zwischen Offline- und Online-Daten	18
F.	Die Nutzerkonten als zentrale Stelle für Online-Daten.....	19
I.	Nutzerkonten	19
II.	Providerverträge als Rechtsgrundlage für die Inanspruchnahme von Internetdiensten.....	20
III.	Die Trennung von Nutzerkonto und Providervertrag	21
1.	Verkauf von Nutzerkonten als Vertragsübernahme	21
2.	Kritik an der Einordnung.....	21
3.	Die besondere Situation des digitalen Nachlasses	23
4.	Parallele zum Bankkonto	23
5.	Zwischenergebnis	24
G.	Sonstige Rechtspositionen im Bereich des Informationsrechts.....	24
I.	Rechte an Domain nicht erfasst.....	24
II.	Urheberrecht nicht erfasst	25
1.	Daten als Werkstücke	25
2.	Vererblichkeit von Urheber- und Nutzungsrechten	26
III.	Zwischenergebnis	26
H.	Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Kapitels	26

Kapitel 3: Die Universalsukzession als technologieneutraler Ausgangspunkt für die Behandlung des digitalen Nachlasses	29
A. Der erbrechtliche Vermögensbegriff.....	29
I. Identität der Gegenstände von Erbschaft und Nachlass	29
II. Vererblichkeit von Rechtspositionen.....	30
III. Systematische Einschränkungen des Vermögensbegriffs.....	31
1. Keine Sonderrechtsnachfolge von Todes wegen	31
2. Keine Unvererblichkeit.....	32
IV. § 1922 Abs. 1 BGB als zwingendes Recht	32
V. Zwischenergebnis	33
B. Die Unvererblichkeit von Rechtspositionen	33
I. Untergang der Rechtsposition als Folge der Unvererblichkeit.....	33
II. Kriterien für die Unvererblichkeit.....	34
C. Vertraglich vereinbarte Unvererblichkeit	34
I. Kein Widerspruch zur zwingenden Universalsukzession	35
II. Keine einseitige Einflussnahme auf Vererblichkeit.....	37
D. Unvererblichkeit kraft Natur der Leistung.....	38
I. Bedeutung des Vermögenswertes einer Rechtsstellung.....	38
II. Höchstpersönlichkeit als maßgebliches Kriterium	40
III. Nichtübertragbarkeit nur Indiz für die Höchstpersönlichkeit	41
IV. Zwischenergebnis	42
E. Sonderfall allgemeines und postmortales Persönlichkeitsrecht	43
F. Folgerungen für die weitere Bearbeitung.....	44

**Kapitel 4: Der Eintritt der Erben in die vertraglichen
Rechtspositionen des Nutzers**.....47

A. Die einschlägigen Rechte und ihre Vererblichkeit.....	47
I. Der Anspruch auf Speicherung und Abrufbarkeit der Daten.....	48
1. Inhalt.....	48
2. Vertragstypologische Einordnung	49

a)	Behandlung der entgeltlichen Speicherung als Mietverhältnis	49
b)	Unentgeltliche Dienste und Speicherung von Daten.....	49
c)	Abrufbarkeit als Eigenschaft der Mietsache.....	50
3.	Zwischenergebnis.....	51
II.	Der Anspruch auf Kontoführung durch den Provider	52
1.	Inhalt.....	52
2.	Vertragstypologische Einordnung	52
3.	Zwischenergebnis.....	52
III.	Der Anspruch auf Passwortbekanntgabe oder -herausgabe.....	53
IV.	Sonstige Leistungen der Provider	53
V.	Die Vererblichkeit der Ansprüche.....	53
B.	Unvererblichkeit aufgrund vertraglicher Vereinbarung.....	54
I.	Unvererblichkeitsklauseln.....	55
1.	Einbeziehung der Klausel mangels überraschenden Inhalts	55
2.	Eröffnung der Inhaltskontrolle	56
a)	Unvererblichkeit als bloß ausgestaltende Bestimmung.....	57
b)	Kritik an der Einordnung.....	57
c)	Kontrollbedürftigkeit als entscheidendes Kriterium	58
d)	Kontrollfähigkeit.....	59
aa)	Keine Abweichung von Vorschriften des Mietrechts.....	59
(1)	Miet- und Leihvertragsrecht regelt Vertragsbeendigung	59
(2)	Keine Abweichung von mietrechtlichen Vorschriften.....	60
(3)	Keine Abweichung von § 672 S. 1 BGB	60
bb)	Keine Abweichung vom Grundsatz der Universalsukzession.....	61
cc)	Keine Abweichung von der Testierfreiheit und § 1937 BGB.....	62
(1)	Testierfreiheit	62
(2)	§ 1937 BGB	62

(3) Stellungnahme.....	62
dd) Keine Abweichung vom Grundsatz pacta sunt servanda	63
ee) Keine Abweichung vom Totenfürsorgerecht	64
ff) Befristung als rechtsergänzende Klausel	65
3. Inhaltskontrolle	65
a) Einschränkung wesentlicher Rechte und Pflichten.....	65
b) Generalklausel, § 307 Abs. 1 S. 1 BGB	66
aa) Mögliche Benachteiligung des ursprünglichen Nutzers	66
bb) Keine Einbeziehung der Erbeninteressen	67
cc) Keine Unangemessenheit.....	69
4. Zwischenergebnis	70
II. Gestaltungsklauseln.....	70
1. Keine Benachteiligung durch einseitiges Bestimmungsrecht des Nutzers	70
2. Nachlassmanagement as a service.....	71
a) Löschanweisung	72
b) Eröffnungsanweisung.....	72
aa) Anordnung von exklusivem Zugang des postmortalen Kontoverwalters.....	72
bb) Unwirksamkeit als Verfügung von Todes wegen	72
cc) Wirksamkeit als Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall.....	73
(1) Valutaverhältnis als Schenkung unter Lebenden.....	73
(2) Schenkung auf den Todesfall	73
(3) Stellungnahme.....	74
dd) Alternative: Öffnung zusätzlich zu gesetzlichen Erben.....	75
ee) Zwischenergebnis.....	76
III. Zwischenergebnis und Bewertung	76

C.	Keine Unvererblichkeit aufgrund höchstpersönlicher Rechtsstellung des Nutzers.....	77
I.	Erreichbarkeit des Vertragszwecks trotz Gläubigerwechsel.....	77
1.	Keine echte Unmöglichkeit der Leistungserbringung.....	77
2.	Keine Eingrenzung des Vertragszwecks durch Personalisierung des Nutzerkontos	77
a)	Allgemein erbrechtliche Bedenken	78
b)	Dienstspezifische Bedenken.....	78
c)	Keine Unzumutbarkeit aufgrund besonderer Vertrauensbeziehung.....	79
d)	Zwischenergebnis.....	80
3.	Keine Höchstpersönlichkeit der Kontoinhaberschaft.....	80
a)	Vererblichkeit der Girokontoinhaberschaft.....	80
b)	Vergleichbarkeit von Giro- und Providervertrag	81
c)	Kontoinhaberschaft als Teil der sachlichen Vermögenssphäre	82
aa)	Vorhandener Vermögenswert.....	82
bb)	Neutrale Stellungen anderer Dienstleister als Maßstab	83
(1)	Die neutrale Stellung des Zahlungsdienstleisters.....	83
(2)	Die neutrale Stellung der Post bei der Briefzustellung.....	84
cc)	Die neutrale Stellung des Providers	84
d)	Zwischenergebnis.....	85
4.	Inhaberschaft an den gespeicherten Daten.....	85
5.	Zwischenergebnis	86
II.	Der Einfluss privater Inhalte auf die Vererblichkeit	86
1.	Einsicht in Unterlagen der Stasi nach dem StUG.....	86
2.	Das Akteneinsichtsrecht des Patienten	87
a)	Frühe Rechtsprechung.....	87
b)	Die Rechtslage nach §§ 630f, 630g BGB	88
3.	Übertragung auf den digitalen Nachlass	89
a)	Übertragung der Wertungen des StUG.....	89
b)	Übertragung der Wertungen des § 630g Abs. 3 BGB	89
c)	Stellungnahme.....	90

aa)	Auslegung der Rechtsposition als Anknüpfungspunkt.....	90
bb)	Einstufung als private Daten	90
cc)	Besondere Vergleichbarkeit mit der Situation des digitalen Nachlasses.....	91
dd)	Beachtung erbrechtlicher Vorgaben.....	91
ee)	Bewertung der Höchstpersönlichkeit	92
d)	Zwischenergebnis.....	93
4.	Kein Einfluss privater Informationen auf die Vererblichkeit.....	93
a)	Gesetzsystematik	93
b)	Keine rechtliche Teilung der Rechtsstellung hinsichtlich Vererblichkeit	94
aa)	Vertraglicher Anspruch.....	94
bb)	Parallele zur teilweisen Unmöglichkeit.....	94
cc)	Nur teilweise Höchstpersönlichkeit nicht mit Providerrolle vereinbar	95
dd)	Andere persönlichkeitsrechtlich relevante Sachverhalte...	96
ee)	Zwischenergebnis.....	97
c)	Keine Unvererblichkeit durch „Infizierung“ des Kontos	97
aa)	Vollständige Sperrung des Kontos wegen „Infizierung“	97
bb)	Sortierung durch Treuhänder.....	97
cc)	Zwischenergebnis.....	98
d)	Einfluss von Schweigepflichten.....	99
aa)	Rechtssystematische Einordnung und Folgerungen	99
bb)	Keine Unvererblichkeit als Folge der Schweigepflicht....	100
(1)	Einfluss des Erblasserwillens auf die Vererblichkeit	100
(2)	Rechtsnatur der Schweigepflicht	101
III.	Zwischenergebnis	102
D.	Anspruch auf Datenherausgabe bei todesbedingter Vertragsbeendigung	103
I.	Vertragsbeendigung zu Lebzeiten des Nutzers	104
1.	Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 der Datenschutzgrundverordnung.....	104
2.	Herausgabeansprüche aus dispositivem Recht.....	104

3.	Herausgabeansprüche aus Vertrag	105
a)	Nachvertragliche Obhuts- und Aufbewahrungspflicht hinsichtlich der Daten.....	105
aa)	Die Rechtslage nach Miet- und Leihvertragsrecht	105
bb)	Entsprechende Rechtslage bei alternativer vertragstypologischer Einordnung.....	107
(1)	Einordnung als Auftrag oder Geschäftsbesorgung.....	107
(2)	Einordnung als Verwahrungsvertrag.....	108
cc)	Zwischenergebnis.....	108
b)	Wegnahmerecht des Mieters, § 539 Abs. 2 BGB.....	109
c)	Ergänzende Vertragsauslegung	110
4.	Zwischenergebnis	111
II.	Vertragsbeendigung durch den Tod des Nutzers.....	112
1.	Endgültige Entstehung erst durch Vertragsbeendigung.....	112
2.	Mögliche Ansätze für eine Vorverlegung der Entstehung.....	112
a)	Schadensersatzansprüche wegen Tötung einer Person	112
b)	Vorverlegung um eine juristische Sekunde.....	113
c)	Zwischenergebnis.....	113
3.	Lösung über die ergänzende Vertragsauslegung.....	113
4.	Aufschiebend befristeter Anspruch.....	114
a)	Funktionelles Äquivalent zum Anspruch auf Abrufbarkeit.....	115
b)	Vergleich zur Vererblichkeit des Anspruchs aus Zweckverfehlungskondiktion	115
c)	Vertragliche Natur des Herausgabeanspruchs.....	116
5.	Vererblichkeit des Anspruchs	117
a)	Keine Unvererblichkeit kraft Natur der Leistung	117
b)	Einfluss von Unvererblichkeitsvereinbarungen	117
III.	Zwischenergebnis	118
E.	Hilfsanspruch von Angehörigen auf Auskunft	118
I.	Hilfsanspruch aus § 242 BGB	118
II.	§§ 22 S. 3 KUG, 60 Abs. 1 UrhG analog.....	119

III. § 630g Abs. 3 S. 2 BGB analog.....	120
IV. Hilfsanspruch direkt aus postmortalem Persönlichkeitsrecht	120
V. Zwischenergebnis	120
F. Zusammenfassung – Möglichkeiten der Hinterbliebenen für den Umgang mit dem digitalen Nachlass aus erbrechtlicher Perspektive.....	121
G. Bewertung der Ergebnisse im Lichte der Ausgangsfrage	122

Kapitel 5: Der Eintritt der Erben in datenschutzrechtliche Befugnisse des Nutzers.....

A. Einschlägige Befugnisse des Nutzers als Betroffenen.....	125
I. Auskunftsanspruch, § 34 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BDSG.....	126
1. Aufdecken unbekannter Nutzerkonten	126
2. Auskunft bei Gewissheit über Nutzerkonten.....	127
II. Lösungsanspruch, § 35 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 BDSG.....	127
III. Ansprüche aus der europäischen Datenschutzgrundverordnung.....	128
B. Postmortale Anwendbarkeit der Befugnisse.....	128
I. Kein Schutz von Daten Verstorbener durch die DS-GVO.....	128
II. Postmortaler Datenschutz in Deutschland.....	129
1. Einfluss des allgemeinen Persönlichkeitsrechts auf den postmortalen Datenschutz.....	129
a) Einschränkung der Auslegung des BDSG	130
b) Keine postmortale Erstreckung des Schutzes durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht	130
c) Keine Beeinträchtigung der Persönlichkeitsentfaltung zu Lebzeiten	132
2. Gewährleistung des postmortalen Persönlichkeitsschutzes.....	132
a) Kein Schutz einer erweiterten Selbstbestimmung	133
b) Möglichkeit des Schutzes der Menschenwürde auch ohne Datenschutz.....	134
3. Auslegung des einfachen Rechts.....	135

a)	Kein Rückschluss aus spezialgesetzlichem Schutz für Daten Verstorbener	135
b)	Schutzzweck des BDSG auch auf Verstorbene anwendbar	137
III.	Zwischenergebnis	138
C.	Vererblichkeit der datenschutzrechtlichen Befugnisse	138
I.	Anwendung der allgemeinen Kriterien für die Vererblichkeit	138
II.	Zwecke der datenschutzrechtlichen Befugnisse	139
1.	Ideelle Zwecke	139
2.	Wirtschaftliche Zwecke	139
a)	Auskunft aufgrund datenschutzrechtlicher Schadensersatzvorschriften	139
b)	Auskunft aufgrund Verletzung des Persönlichkeitsrechts im Internet	140
c)	Auskunft über Scoring-Werte	141
3.	Zwischenergebnis	141
III.	Folgerungen für die Höchstpersönlichkeit der Rechte	142
1.	Unvererblichkeit aufgrund ideeller Zwecksetzung	142
2.	Kein Schutzdefizit durch Unvererblichkeit	142
3.	Keine rechtlich geschützten, vermögensrechtlichen Interessen der Erben	143
IV.	Zwischenergebnis	143
D.	Zusammenfassung der Ergebnisse des vierten Kapitels	144
E.	Bewertung der Ergebnisse im Lichte der Ausgangsfrage	144

Kapitel 6: Die Vererblichkeit von sonstigen Rechten an syntaktischen Daten

A.	Unterschiede in den Tendenzen zur Kommerzialisierung von Daten	145
B.	Ansätze für Rechte an syntaktischen Daten de lege lata	146
I.	Keine Zuweisung syntaktischer Daten durch Datenschutz	146
II.	Bloß faktische Ausschließlichkeit durch Geheimnisschutz	147

1.	Schutz syntaktischer Daten.....	148
2.	Mögliche Auswirkungen auf den digitalen Nachlass.....	148
3.	Keine ausschließliche Zuweisung durch Geheimnisschutz.....	149
III.	Keine angemessene Zuweisung durch Urheberrecht.....	149
1.	Schutz von Sammelwerken und Datenbanken.....	149
a)	Gemeinsamkeiten im Hinblick auf den Schutzgegenstand.....	150
b)	Mögliche Auswirkungen auf den digitalen Nachlass.....	150
c)	Keine Zuweisung syntaktischer Daten durch sui generis Datenbankschutz.....	151
2.	Schutz von Software.....	151
3.	Keine vollständige Zuweisung durch das Urheberrecht.....	152
IV.	Eigentumsbeziehungen an syntaktischen Daten.....	153
1.	Keine Sacheigenschaft syntaktischer Daten.....	153
2.	Gleichbehandlung mit Datenträger.....	154
a)	Behandlung von Verträgen über Standardsoftware.....	154
b)	Bedeutung für den digitalen Nachlass.....	155
c)	Generelle Bedenken.....	155
d)	Folgerungen aus § 950 Abs. 1 S. 1 BGB.....	157
e)	Zwischenergebnis.....	158
3.	Daten als Früchte oder Nutzungen.....	158
V.	Eigentumsähnliche Rechte im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB.....	159
1.	Bewehrung des Persönlichkeitsrechts.....	159
a)	Recht an den eigenen persönlichen Daten.....	159
b)	Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.....	159
c)	Nur Schutz semantischer Daten.....	159
2.	Auswirkungen der Bindung an den Datenträger.....	160
a)	Verletzung des Eigentums am Datenträger.....	160
b)	Ablösung der Daten vom Datenträger.....	160
aa)	Recht am Datenbestand.....	161
bb)	Herrschaft über den eigenen E-Mail-Account.....	161

cc)	Mehrwert für die Behandlung des digitalen Nachlasses.....	161
dd)	Stellungnahme.....	161
3.	Recht am Gewerbebetrieb.....	162
4.	Virtuelles Hausrecht und Besitz am Datenbestand	162
5.	Keine Rückschlüsse aus § 823 Abs. 1 BGB möglich.....	164
VI.	Möglichkeiten für eine analoge Anwendung von § 903 BGB.....	164
1.	Folgerung einer planwidrigen Regelungslücke aus §§ 202a, 303a StGB.....	164
a)	Strafrecht als Modell für zivilrechtliche Datenrechte.....	165
b)	Schluss vom Strafrecht auf Zivilrecht nicht möglich.....	166
c)	Stellungnahme.....	167
2.	Zuweisung syntaktischer Daten beim digitalen Nachlass	168
a)	Skripturakt als Zuordnungskriterium	168
b)	Übertragung auf den digitalen Nachlass.....	170
c)	Kritische Betrachtung des Skripturkriteriums am Beispiel des digitalen Nachlasses	172
aa)	Orientierung an § 950 Abs. 1 BGB ungeeignet.....	172
bb)	Skriptur unter Beteiligung mehrerer Personen nicht problemlos erfassbar	172
d)	Zwischenergebnis.....	174
3.	Keine Vergleichbarkeit der Interessenlage.....	174
4.	Zulässigkeit der richterlichen Rechtsfortbildung.....	175
5.	Keine analoge Anwendung des § 985 BGB.....	176
VII.	Zwischenergebnis	177
C.	Ansätze für den Schutz syntaktischer Daten de lege ferenda.....	178
I.	Recht des Datenerzeugers.....	178
1.	Inhalt und Rechtfertigung.....	178
2.	Auswirkungen auf den digitalen Nachlass und Kritik.....	179
II.	Erweiterung des § 90 BGB	179
1.	Erstreckung auf sonstige beherrschbare Gegenstände	179
2.	Gleichstellung geldwerter Immaterialgüter mit Sachen.....	180
3.	Erweiterung des Sachbegriffs auf Computerdaten	180

III. IT-Daten als Bestandteil des Persönlichkeitsrechts	180
IV. Zwischenergebnis	181
D. Zusammenfassung der Ergebnisse des sechsten Kapitels.....	181
E. Bewertung der Ergebnisse im Lichte der Ausgangsfrage	182

Kapitel 7: Das Fernmeldegeheimnis als Hindernis

bei der Rechtsdurchsetzung	183
A. Rechtliche Grundlagen des Fernmeldegeheimnisses	183
I. Schutz des verstorbenen Nutzers	183
1. Verstorbene nicht zur Persönlichkeitsentfaltung im Stande ..	184
2. Einfach-rechtliche Erstreckung auf Verstorbene	184
3. Zwischenergebnis.....	185
II. Provider ist Adressat des Fernmeldegeheimnisses.....	185
1. Provider als Anbieter von Telekommunikationsdiensten	185
a) Erbringung von Telekommunikationsdiensten	186
b) Grundsätzliche Entgeltlichkeit.....	187
c) Überwiegende Erbringung von Kommunikationsdiensten.....	187
aa) E-Mail-Dienste	187
bb) Übertragung der Gedanken auf andere Dienste.....	188
d) Zwischenergebnis.....	189
2. Provider als Adressaten des verfassungsrechtlichen Fernmeldegeheimnisses.....	189
a) Schutzpflichten und mittelbare Grundrechtsbindung.....	189
b) Erhöhtes Schutzniveau bei Eingriffen privater Telekommunikationsanbieter	190
3. Zwischenergebnis.....	191
III. Nachrichten auf Servern vom Fernmeldegeheimnis erfasst	191
B. Kein Verstoß gegen das Fernmeldegeheimnis	192
I. Erste Sichtweise: Übertragung an Erben als Eingriff.....	192
1. Erben sind Dritte im Sinne des Fernmeldegeheimnisses.....	192

2.	Übertragung an Erben keine geschäftsmäßige Erbringung von Telekommunikationsdiensten	193
3.	Keine Einwilligung der Kommunikationsteilnehmer	193
	a) Mögliche Einwilligung des Verstorbenen durch Passwörter hinterlegung	194
	b) Keine wirksame Einwilligung durch Abschluss des Providervertrags	194
	c) Sonderfall: Keine wirksame Einwilligung durch AGB	194
	d) Keine wirksame Einwilligung durch Absenden der Nachricht	195
	e) Zwischenergebnis	195
4.	Keine gesetzliche Ermächtigung	195
	a) Erfordernis einer Gesetzesvorschrift	195
	b) Konkrete Umsetzung	196
	aa) § 1922 Abs. 1 BGB nicht ausreichend	196
	bb) Analoge Anwendung von § 39 Abs. 4 S. 2 PostG nicht ausreichend	196
	cc) Einführung eines § 88 Abs. 5 TKG	196
5.	Zwischenergebnis	197
II.	Bevorzugte Sichtweise: Übertragung ist schon kein Eingriff	197
1.	Rechtfertigung des Eingriffs	198
	a) Mögliche Einwilligung durch Providervertrag	198
	b) Mögliche Einwilligung durch Absenden	199
	aa) Einwilligung gegenüber dem Provider erforderlich	199
	bb) Übergang der Verfügungsbefugnis über den Inhalt auf den Empfänger	199
	cc) Versenden als konkludente Einwilligung zur Zustellung	200
2.	Übertragung an Erben als geschäftsmäßige Erbringung von Telekommunikationsdiensten	201
	a) Rolle in der Konversation nicht ausschlaggebend	201
	b) Erfüllung vertraglicher Primärpflichten ist geschäftsmäßige Erbringung	201

c)	Erfüllung des Providervertrags an Erben ist geschäftsmäßige Erbringung.....	202
d)	Zwischenergebnis.....	202
III.	Zwischenergebnis	202
C.	Zusammenfassung der Ergebnisse des siebten Kapitels.....	203
D.	Bewertung der Ergebnisse im Lichte der Ausgangsfrage	203

Kapitel 8: Persönlichkeitsrechte als Hindernisse bei der Rechtsdurchsetzung

A.	Verhältnis zum Fernmeldegeheimnis.....	206
B.	Postmortaler Datenschutz des Verstorbenen	206
I.	Anwendbarkeit und Datenverarbeitung.....	206
II.	Ablehnung einer Übermittlung als Alternative	207
III.	Einwilligung	207
IV.	§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BDSG.....	208
V.	§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BDSG als Erlaubnisnorm	208
VI.	Abwägung lässt Datenübertragung an Erben zu.....	208
1.	Abwägungskriterien.....	208
2.	Vertragserfüllung und Berufsfreiheit des Providers, Art. 12 Abs. 1 GG	209
3.	Zweck der Speicherung erlaubt Erfüllung an Erben	210
VII.	Zwischenergebnis	210
C.	Verletzung des postmortalen Persönlichkeitsrechts des Erblassers, Art. 1 Abs. 1 GG.....	210
I.	Schutz gegen Herabwürdigung und Erniedrigung	212
II.	Entstellungsschutz als Schutz vor verfälschender Darstellung.....	212
1.	Negativ verfälschende Darstellungen eines Verstorbenen	212
2.	Selbstbestimmung über das Lebensbild als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	214
a)	Schutz vor untergeschobenen Äußerungen.....	214
b)	Veröffentlichungsverbot privater Aufzeichnungen.....	215

c)	Weitere Grenze für die Veröffentlichung wahrer Tatsachen	216
d)	Ende des erweiterten Selbstdarstellungsschutzes mit Tod	216
3.	Selbstbestimmung als Teil der Menschenwürde	217
a)	Kein Verstoß gegen Selbstbestimmung bei Veröffentlichung von Aufzeichnungen.....	217
b)	Akzeptanz wahrer Tatsachen über den Verstorbenen.....	218
c)	Kein besonderer Schutz des Intimbereichs.....	219
d)	Keine Schutzsteigerung für Minderjährige	221
e)	Verletzungsfreie Personengruppen als alternative Lösung.....	222
f)	Bindung an den Willen des Verstorbenen	223
aa)	Ausdrücklicher Wille	223
bb)	Mutmaßlicher Wille	224
4.	Zwischenergebnis.....	226
III.	Zwischenergebnis	226
D.	Verletzung Persönlichkeitsrechte Dritter.....	226
I.	Persönlichkeitsschutz durch die DS-GVO.....	226
1.	Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DS-GVO	227
2.	Vertragserfüllung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DS-GVO	227
3.	Rechtliche Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DS-GVO erfordert Gesetz	228
4.	Erlaubnis der Übertragung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO.....	228
a)	Vertragserfüllung und Berufsfreiheit des Providers, Art. 15 Abs. 1, 16 GrCh.....	229
b)	Nachlassabwicklungsinteressen der Erben	229
aa)	Kein Schutz durch Art. 17 S. 1 GrCh.....	229
bb)	Keine Berücksichtigung deutscher Grundrechte	230
cc)	Zwischenergebnis.....	230

c)	Keine Beziehung zwischen Drittem und Provider	230
d)	Vermittlertätigkeit des Providers führt nicht zu Gefahrsteigerung	231
5.	Zwischenergebnis	231
II.	Verfassungsrechtlicher Persönlichkeitsschutz	231
1.	Allgemeine Rechtfertigungsvoraussetzungen	232
a)	§ 1922 Abs. 1 BGB als Grundrechtsschranke	232
b)	Konkurrierende Rechte der anderen Beteiligten	233
aa)	Berufsfreiheit des Providers, Art. 12 Abs. 1 GG	233
bb)	Forderungserwerbsrecht, Art. 14 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 GG	233
c)	Verhältnismäßigkeitsprinzip und Untermaßverbot	234
2.	Abwägung zugunsten der Kontoöffnung und ausreichender Mindestschutz durch DS-GVO	234
III.	Zwischenergebnis	235
E.	Berufliche und andere Verschwiegenheitspflichten	235
F.	Zusammenfassung der Ergebnisse des achten Kapitels	236
G.	Bewertung der Ergebnisse im Lichte der Ausgangsfrage	236

Kapitel 9: Zusammenfassung der

gefundenen Ergebnisse

A.	Zum Gegenstand des digitalen Nachlasses	237
B.	Zur Vererblichkeit von Providerverträgen und den Rechtspositionen des Erblassers	237
C.	Zur Heranziehung des Datenschutzrechts	238
D.	Zur Vererblichkeit von sonstigen Rechten an syntaktischen Daten	238
E.	Zum Fernmeldegeheimnis als möglichem Durchsetzungshindernis	238
F.	Zu Persönlichkeitsrechten als möglichen Durchsetzungshindernissen	238

Kapitel 10: Vorschlag für ein Lösungskonzept und weiterer Forschungsbedarf	241
I. Grundlegende Beantwortung der Ausgangsfrage	241
II. Überarbeitung der Vertragstypologie.....	242
III. Kodifizierung von Auskunftsansprüchen Angehöriger	242
IV. Ausweitung datenschutzrechtlicher Befugnisse	242
V. Schaffung eines Datensonderrechts.....	242
VI. Stärkung der Betroffenenrechte.....	243
1. Anpassung der AGB-Kontrolle.....	243
2. Sortierung der Inhalte.....	244
3. Kodifizierung des Nachlassmanagements as a service	244
4. Ergebnis	244
VII. Weiterer Forschungsbedarf.....	245